

DIE FREIE WELT

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft

Finanzplanung des Bundes lässt Sozialleistungen weiter wachsen

Sozialausgaben auf Rekordniveau

Immer mehr Menschen sind in Arbeit, der Wirtschaft soll es gut gehen, womit folglich auch die Sozialausgaben sinken müßten. Trotzdem steigen im Bundeshaushalt diese durch immer neue Wohltaten auf einen Spitzenwert von fast 53 Prozent.



Foto: Peter Kuley/

Wikimedia Commons/

Im Bundeshaushalt klettern die Ausgaben für Soziales immer weiter und erreichen im kommenden Jahr einen neuen Höchststand. Demnach sollen 2016 die Sozialausgaben von 51,0 auf 52,6 Prozent steigen. Unter Herausrechnung der Zinsausgaben nehmen diese im Gesamthaushalt sogar einen Anteil von 55,8 Prozent ein.

Dabei sind andererseits in Deutschland so viele Menschen in Arbeit wie noch nie. Der Bundesrechnungshof warnte kürzlich vor einer solchen Entwicklung, da in die Rentenkasse oder in den Gesundheitsfonds fließende Steuergelder nicht mehr für Zukunftsinvestitionen in Forschung und Entwicklung oder die Sanierung von Schulen, Schienen und Straßen zur Verfügung stünden.

Warnungen kommen so auch vom haushaltspolitischen Sprecher der Unions-Fraktion, Eckhardt Rehberg: »Die Entwicklung der Sozialleistungsquote ist problematisch«. Allein der Bundeszuschuß zu Rentenversicherung, Arbeitslosengeld II und Gesundheitsfonds machen etwa 40 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben aus.

Es sollte doch eigentlich anders sein, mahnte der Haushaltsexperte des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Martin Beznoska, an. In Zeiten, wo die Wirtschaft floriert, müßten folglich die staatlichen Sozialausgaben zurückgehen, nicht steigen, denn dann sind auch weniger Menschen arbeitslos und füllen als Arbeitnehmer die Sozialkassen.

Hingegen zeigt die Quote wie jahrzehntelang aber nur in die Richtung nach oben. Lag die Quote der

Sozialausgaben 1990 noch bei 27,2 Prozent, erreichte sie 1995 schon 38,0 Prozent, 2000 bereits 41,2 Prozent, 2005 dann 51,2 Prozent und 2010 ganze 53,8 Prozent. Nur kurzzeitig sank die Quote danach unter der schwarz-gelben Bundesregierung leicht, um unterdessen wieder zu steigen.

Auch wenn hinter Zuschüssen, Hilfen, Subventionen und Absicherungen manch sinnvolle Ziele stecken, verweist Rehberg darauf, daß das Geld dafür zunächst einmal erarbeitet werden muß und der Haushalt nicht die Balance verlieren darf.

»Wir müssen aufpassen, daß wir nicht durch falsche Weichenstellungen einen Trend verfestigen, der uns sowohl im nächsten Abschwung als auch langfristig auf die Füße fallen kann. Ich sehe es kritisch, daß wir in wirtschaftlich guten Zeiten einen so deutlichen Anstieg der Sozialleistungsquote zulassen«, beklagte Rehberg. Es gebe für weitere Wohltaten weder Notwendigkeit noch Spielraum.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) listete in einem Brief an die Mitglieder der Koalitionsfraktionen bereits auf, was für 2017 alles zur Finanzierung geplant ist: »Dazu zählen die Erhöhung des Wohngeldes, das Elterngeld-Plus mit Partnerschaftsbonus, die abschlagsfreie Altersrente ab 63, die „Mütterrente“, die Lebensleistungsrente und eine verbesserte Erwerbsminderungsrente.«

Zudem wird der Zuschuß an den Gesundheitsfonds um 500 Millionen auf 14,5 Milliarden Euro erhöht. Damit steigen letztlich die Sozialausgaben von 161,5 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 171,1 Milliarden Euro im kommenden Jahr 2017.

Kommentare zum Artikel



[Klartexter](#) 01.04.2016 - 14:10

Die Pleite der sozialen Sicherungssysteme, die sich die Deutschen erkämpft und erarbeitet hatten, scheint angesichts der stetig wachsenden Ausgaben für fremdländische Nutznießer der sau-dümmlichen Politik der Regierungen der letzten Jahre, nicht mehr aufzuhalten. Das Ende der Fahnenstange ist aber noch nicht erreicht, denn die Ausgaben für den Konsum der Gäste und Kostgänger, sowie für die stetig wachsende Migrationsindustrie, werden zu sozialen Verwerfungen und zu Unruhen führen. Was Deutschland braucht, das ist eine Politik und Politiker, die dieses Land vom Kopf auf die Füße stellen. Man sollte dabei aber nicht an die CDU, die Grünen oder die SPD denken und nicht an die Linke.



[Realist](#) 01.04.2016 - 15:52

Diejenigen, die nicht durch eigene Leistung überleben können und auf die Plünderung anderer angewiesen sind (ganz gleich ob unverschuldet oder durch Faulheit), sind längst die Mehrheit. Per Demokratie ist dieses Land nicht mehr zu retten, sondern geht "ganz legal" den Bach runter. Das zeigen diese Zahlen klar.